

AMNESTY

DAS MAGAZIN ÜBER MENSCHEN
UND IHRE RECHTE

AUSGABE — 1 / 2019

DIE STIMME ERHEBEN

POLEN

14 friedliche Demonstrantinnen werden attackiert. Wie kam es dazu?

HASS IM NETZ

Was dieses Phänomen mit Menschenrechten zu tun hat

MEHR MENSCHEN

Wie Generalsekretär Kumi Naidoo Amnesty mehr Gehör verschaffen will

www.amnesty.at

AMNESTY
INTERNATIONAL



“**Die Menschenrechtsbewegung muss größer, mutiger und integrativer werden, um Herausforderungen zu meistern, vor denen die Welt heute steht.**“

Kumi Naidoo, internationaler Generalsekretär von Amnesty International, mehr ab Seite 14

Coverbild:
Protest vor dem polnischen Parlament am 2. Juli 2018. Demonstrant*innen protestieren gegen restriktive Gesetze für Schwangerschaftsabbrüche.
© Grzegorz Żukowski



www.facebook.com/AmnestyOesterreich



www.twitter.com/AmnestyAustria



www.instagram.com/AmnestyAustria



www.amnesty.at



www.amnesty.at/spenden

IMPRESSUM

Medieninhaber, Verleger, Herausgeber Amnesty International Österreich **Anschrift** 1160 Wien, Lerchenfeldergürtel 43/4/3 **Tel.** (01) 78 008 **E-Mail** office@amnesty.at **Chefredaktion** Martina Powell **Grafik TEAM/** www.thisisteam.com **Autor*innen** Ruth Dellinger, Stephanie Geier, Malene Haakansson, Ulrike Hofstätter, Jens Kessler, Gregor Maczek, Christine Pendl, Britta Rotsch, Philippe Schennach, Annemarie Schlack, Denise Tan, Jonas Vogt **Lektorat** Edith Enzenhofer **Druck** Becker Mail, Wien **Vereinsregister** ZVR 407408993 **Offenlegung gem. §25 MedienG** siehe www.amnesty.at/impressum

IM BILD

Solidaritätsaktion bei der Menschenrechtstagung 2018 für Amnesty Indien. Unsere Kolleg*innen werden wegen ihrer Arbeit für die Menschenrechte von der Regierung Modi schikaniert und diffamiert.
© Amnesty International/
Romesh Phoenix

INHALT

04 KURZMELDUNGEN

Gute und inspirierende Nachrichten aus der Amnesty-Welt

06 DIGITALER HASS

Was das Phänomen „Hass im Netz“ mit den Menschenrechten zu tun hat

10 INTERVIEW

Ben Wagner über technische Lösungen gegen „Hass im Netz“

12 PANORAMA

Wie „Strike Tracker“ mithilfe von Satellitenbildern Menschenrechtsverletzungen in Syrien dokumentieren

14 KUMI NAIDOO

Wie der neue internationale Generalsekretär Amnesty International mehr Gehör verschaffen will

16 POLEN

14 friedliche Demonstrantinnen werden attackiert. Die Behörden schauen weg. Wie kann das sein?

20 TERMINE & ANKÜNDIGUNGEN

Events, Workshops und was du gegen „Hass im Netz“ tun kannst

22 BE AMAZING. SEI GESCHMEIDIG.

Die wichtigsten Fakten zu unserem Amnesty Youth-Netzwerk

23 JETZT HANDELN

Setze dich jetzt für Menschenrechtsverteidigerinnen in Polen und Ägypten ein!



EDITORIAL — 1 / 2019

NEUES JAHR, NEUE HOFFNUNGEN

Jedes Jahr bringt neue Hoffnungen, neue Herausforderungen und neue Eindrücke. Eines aber bleibt bei unserer Arbeit gleich: Wir möchten Menschen dazu inspirieren, sich für andere Menschen und für die Menschenrechte einzusetzen. Sei es mit einem Brief an politische Entscheidungsträger*innen, einem Tweet oder einem unterstützenden Wort an einen Mitmenschen. Dabei geht es nicht nur darum – wie Kumi Naidoo, der neue internationale Generalsekretär von Amnesty International darlegt –, Gleichgesinnte zu erreichen. Wir brauchen Stimmen aus allen Ecken der Welt. Ab Seite 14 erfährst du mehr von Kumi Naidoo's Vision für die Menschenrechtsbewegung und warum er findet, dass Aktivist*innen sich auch einmal unbeliebt machen müssen.

Die aktuelle Debatte in Österreich über das Phänomen „Hass im Netz“ (Seite 6-11), aber auch Entwicklungen in Ländern wie Polen (Seite 16) zeigen, wie wichtig es ist, das Bewusstsein für die Menschenrechte zu stärken und für sie zu kämpfen. 2019 werden wir mehr denn je zeigen, dass wir uns nicht auseinanderdividieren lassen. Wir werden an Erfolgen, die wir in den vergangenen Monaten erzielen konnten (siehe Seite 4-5) anknüpfen und nach vorne blicken. Jede Geste, jeder Beitrag für die Menschenrechte zählt. Bist du dabei?

Annemarie Schlack,
Geschäftsführerin Amnesty International Österreich



1 Jahresrückblick 2018

Entscheidende Momente aus verschiedenen Weltregionen, einflussreiche Protestbewegungen und ein Überblick zur Lage der Frauenrechte: Unser Jahresrückblick „Amnesty 2018“ skizziert auf 52 Seiten die wichtigsten Menschenrechtsthemen im letzten Jahr. Das Magazin beleuchtet auch die größten Erfolge, die Amnesty gemeinsam mit Millionen Unterstützer*innen in den vergangenen Monaten erzielen konnte. Und wir feiern mutige Menschenrechtsverteidiger*innen, die sich unter schwierigen Bedingungen für andere einsetzen.



amnesty.at/amnesty-2018

3 Klares Ja zur EMRK

Die Schweizer Sektion von Amnesty International engagierte sich intensiv gegen die sogenannte Selbstbestimmungsinitiative der Schweizerischen Volkspartei (SVP). Mit großem Erfolg! Die Initiative, die zu einer Kündigung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) durch die Schweiz hätte führen können, wurde am 25. November 2018 mit einer deutlichen Mehrheit (66 Prozent) abgelehnt.



amnesty.ch

2 Klage fallengelassen

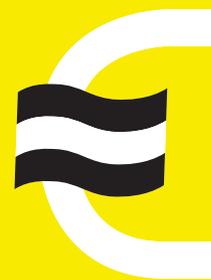
Rafael Marques de Morais ist ein vielfach ausgezeichnete Investigativjournalist und Menschenrechtsverteidiger in Angola. Er wurde von den angolanischen Behörden bereits mehrfach festgenommen und inhaftiert – und das nur, weil er in seinen Publikationen schwere Menschenrechtsverletzungen und Korruption thematisiert. Nun entschied ein Gericht, dass die Anklagen gegen ihn unbegründet sind. Danke an alle, die sich für Rafael eingesetzt haben!



amnesty.at/erfolge

4 Österreich-Fonds

Amnesty International wird sich in Zukunft noch stärker für alle Menschen in Österreich einsetzen. Denn der Umgang der Politik mit den Menschen und den Menschenrechten in diesem Land ändert sich. Mit den Spenden in den Österreich-Fonds können wir unsere Arbeit in Österreich intensivieren, um langfristig positive Veränderung für die Menschen hier zu erreichen. Mehr Informationen findest du auf unserer Webseite!



amnesty.at/oesterreich-fonds/

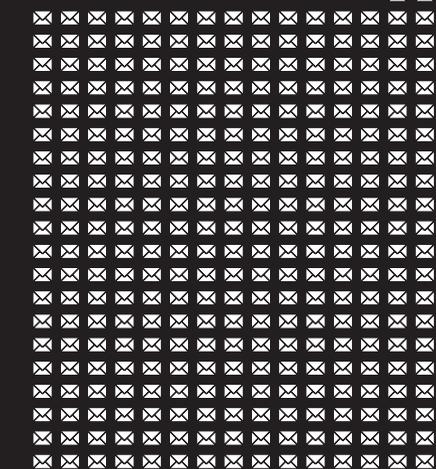
5 Briefmarathon 2018

Beim Briefmarathon 2018 haben Schüler*innen in ganz Österreich mehr als 9.700 Briefe für Menschen in Gefahr geschrieben. Besonders hervorheben möchten wir die HLS/FSB Langenlois, an der insgesamt 658 Briefe geschrieben wurden. Initiiert wurde die Aktion von nur einer Klasse, die damit auch als Siegerin des Briefmarathon-Wettbewerbs eine Projektwoche zum Thema Menschenrechte gewonnen hat. Herzlichen Glückwunsch!

briefmarathon.at

Über 31.000 Unterschriften haben wir beim Briefmarathon 2018 gesammelt! Mehr als 12.000 Menschen in Österreich haben drei Menschenrechtsverteidigerinnen ihre Stimme gegeben und den Frauen Mut gemacht. Danke an alle, die mitgemacht haben!

31.000



1 Kuvert entspricht 100 Briefen



DIGITALER HASS



Hinter dem Phänomen „Hass im Netz“ steht auch die Verletzung von Menschenrechten. Politik und Gesellschaft beginnen, das Problem ernst zu nehmen.

Im Kurznachrichtendienst Twitter gibt es ein paar ungeschriebene Regeln. Eine davon: Ironie funktioniert nicht. Ab einer bestimmten Reichweite des Accounts gibt es immer genug Menschen, die ernst nehmen, was man schreibt. Das letzte Opfer dieses Missverständnisses war die ZDF-Journalistin Nicole Diekmann. Am Neujahrstag setzte sie einen Tweet mit #Nazisraus ab. Auf Nachfrage eines Users, wen sie denn mit Nazis meine, schrieb sie flapsig „Jeden/jede, der/die nicht Grün wählt“ zurück. Was als selbst-ironische Persiflage auf die angeblich linkslinken Journalist*innen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gedacht war, ging nach hinten los. Diekmann bekam tagelang Drohnachrichten.

Hass im Netz ist weit verbreitet. Untersuchungen von Amnesty International zeigten zuletzt, dass auf Twitter alle 30 Sekunden ein frauenverachtender Tweet abgesetzt wird, besonders häufig trifft es schwarze Frauen. Die Untersuchung war auf britische und US-amerikanische Politikerinnen und Journalistinnen gemünzt. Auch hierzulande kommt eine andere Studie zu einem ähnlichen Ergebnis: Laut Verbrechenopferhilfe Weißer Ring war schon jede dritte Österreicherin einmal von Hass im Netz betroffen.

„Wir beobachten, welche gravierenden Auswirkungen Hass im Netz auf die Gesellschaft hat“, sagt Annemarie Schlack, Geschäftsführerin von Amnesty International Österreich. „Es betrifft auch unsere Arbeit, weil dahinter Menschenrechtsverletzungen stehen.“ Das könne bei Beleidigungen sehr direkt das Recht auf Privatsphäre sein, habe aber auch weitreichendere Auswirkungen: „Wenn sich Menschen aus Angst vor Angriffen, Beschimpfungen oder hetzerischen Inhalten aus den sozialen Netzwerken zurückziehen, betrifft das ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und gesellschaftliche Teilhabe. Die Betroffenen betreiben quasi Selbstzensur.“

JURISTISCHE LÜCKEN

Hass im Netz ist kein neues Phänomen, und doch ist es im letzten Jahr verstärkt ins öffentliche Bewusstsein gelangt. Vor allem durch den Fall Sigrid Mauer. Der ehemaligen grünen Nationalratsabgeordneten wurden vom Facebook-Account eines Ladenbesitzers obszöne Nachrichten zugesandt. Mauer machte diese öffentlich. Der Ladenbesitzer klagte, Mauer wurde im Oktober wegen übler Nachrede zu einer Entschädigungszahlung verurteilt. Das Urteil ist nicht rechtskräftig. Die Angeklagte ging in Berufung und kündigte an, zur Not bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu gehen.

Der Fall erregte Aufsehen. Nicht zuletzt, weil er exemplarisch einige Lücken der österreichischen Rechtsordnung aufzeigte, die es für Betroffene schwierig machen, gegen Hass im Netz vorzugehen. Nachrichten, die keine konkrete Drohung oder Beleidigung enthalten und nur an Betroffene selbst geschickt werden – und nicht für eine breite Öffentlichkeit sichtbar sind –, sind nicht strafbar. Prominente Frauen und Männer erhalten solche Nachrichten ständig. Das ist die juristische Seite. Die Schwierigkeit, gegen anonyme Accounts vorzugehen, ist da noch gar nicht eingerechnet. ▶



© Photographee.eu / Illustrationen: TEAM, Axel Just



! ? #





“Aussagen können schockieren und andere vor den Kopf stoßen. Kommunikation muss jedoch immer mit einem Grundrespekt vor der Menschenwürde stattfinden.

Annemarie Schlack, Geschäftsführerin von Amnesty International Österreich

“Wichtig ist, die Justiz mit dem notwendigen, fachkundigen Personal auszustatten, um die bestehenden Gesetze besser durchzusetzen.

Dieter Schindlauer, Obmann vom Verein ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit



HILFE FÜR BETROFFENE

Was soll man tun, wenn man Hasspostings bekommt? Expert*innen raten: zuerst einmal dokumentieren. Anzeigen kann man nur, was wieder auffindbar und beweisbar ist. Wird ein Posting gelöscht oder eine Seite vom Netz genommen, ist die Beweisführung schwierig. Die betreffenden Postings sollten mit Screenshots und allen wichtigen Informationen wie Datum, Uhrzeit, Nutzernamen und Bezeichnung der Webseite dokumentiert werden.

Betroffene sollten sich darüber hinaus Hilfe holen. Das heißt: mit Bekannten, Freund*innen oder der Familie darüber sprechen, einfach um die Belastung auch emotional teilen zu

können. Aber auch, in Kontakt mit professionellen Beratungsstellen zu treten, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Seit Herbst 2017 hilft die Beratungsstelle #GegenHassimNetz vom Verein ZARA Betroffenen von Hasspostings. Im Jahr 2018 bearbeiteten die Mitarbeit*innen 1.700 Fälle – nur die Spitze des Eisbergs. „Wir kümmern uns um die gesamte Brandbreite“, sagt Dieter Schindlauer, Obmann von ZARA. Also sowohl um den Bereich, der das Straf- oder Zivilrecht betrifft, als auch um Postings, die unter dieser Schwelle bleiben.

An die Beratungsstelle kann sich jede*r wenden, Betroffene genauso wie Dritte, denen Hasspostings im Netz auffallen. Die Mitarbeit*innen entscheiden dann individuell, wie zu verfahren ist. ZARA hat einen besseren Draht zu Anbietern wie Twitter und Facebook. Die Chance, dass Hasspostings, die durch ZARA gemeldet werden, schnell gelöscht werden, ist höher als bei Privatpersonen. Die Beratungsstelle informiert aber auch über ein mögliches juristisches Vorgehen. „Wir machen allerdings nichts ohne das ausdrückliche Mandat der Person, die sich an uns gewandt hat“, sagt Schindlauer.

KEINE EINFACHEN LÖSUNGEN

Dass etwas getan werden muss, ist mittlerweile politischer Konsens. Die schwarz-blaue Regierung veranstaltete im November einen Gipfel zum Thema Hass im Netz und kündigte

danach ein „digitales Vermummungsverbot“ an. Was das in der Praxis bedeuten soll, ist weiterhin unklar. Eine generelle Klarnamenpflicht in sozialen Netzwerken oder Foren ist nicht geplant, eine verpflichtende Registrierung mit der eigenen Handynummer könnte aber kommen. Expert*innen sind skeptisch – auch weil ein großer Teil der Hasspostings im Netz nicht aus der Anonymität heraus getätigt wird und alle Bürger*innen von der Maßnahme betroffen wären. „Es gibt gute Gründe, die Effizienz dieses Vorhabens anzuzweifeln, und es gibt auch bessere Ideen“, schrieb die Netzjournalistin Ingrid Brodnig nach Bekanntgabe der Pläne.

Expert*innen fordern nicht den großen Wurf, sondern eher das Drehen an vielen kleineren Schrauben. Mehr Druck auf Plattformen wie Facebook oder Twitter, mehr Ressourcen für die Staatsanwaltschaft oder die Verlängerung von Verjährungsfristen, weil es dauern kann, die Personen hinter anonymen Accounts ausfindig zu machen. „Wir sind weit davon entfernt, immer neue Straftatbestände zu fordern“, sagt Schindlauer. Die Meinungsfreiheit sei ein wichtiges Gut und müsse gewahrt bleiben. „Wichtig ist vor allem, die Justiz mit dem notwendigen, fachkundigen Personal auszustatten, um die bestehenden Gesetze besser durchzusetzen.“

Auch für Amnesty sind neue Straftatbestände keine Lösung, um dem

Phänomen „Hass im Netz“ zu begegnen: „Wir wollen keine Streichelkultur. Die Meinung in eine Debatte einzubringen muss für alle Menschen möglich sein. Dabei können Aussagen auch schockieren und andere vor den Kopf stoßen. Jedoch muss Kommunikation immer mit einem Grundrespekt vor der Menschenwürde stattfinden. Wir brauchen daher gute, wohlüberlegte Maßnahmen, die die Meinungsfreiheit nicht unverhältnismäßig beschneiden“, sagt Schlack.

Einig sind sich die Expert*innen, dass Hass im Netz ein gesellschaftliches

Problem ist, für das es keine schnelle, einfache oder technische Lösung gibt. Dauerhaft könne die Ursache des Phänomens nur durch Bildungsmaßnahmen bekämpft werden. Eine Debatte sei nötig. „Der erste Schritt wäre, dass die Regierungsvertreter*innen mit gutem Beispiel vorangehen“, sagt Schlack – gerade, wenn man sich den Kampf gegen Hass im Netz auf die Fahnen schreibe. „Wenn in ihren Kreisen hetzerische Inhalte gepostet werden, dürfen sie nicht einfach wegschauen.“

Text von Jonas Vogt



Für ein respektvolles Miteinander

Die Regierung hat versprochen, etwas gegen das Phänomen „Hass im Netz“ zu tun. Dafür ist es höchste Zeit! Denn jeder Anlassfall ist einer zu viel.

Das Versprechen der Regierung steht jedoch in krassem Widerspruch zu dem, was Regierungsvertreter*innen und ihre Parteien oftmals selbst im Netz verbreiten. Solange sie selbst „zündeln“ und Hass oder hetzerische Inhalte auf ihren Kanälen dulden, fällt es schwer zu glauben, dass sie

tatsächlich etwas gegen Hass im Netz tun werden.

Amnesty International Österreich hat daher die Aktion „Genug der Hetze“ gestartet: Gemeinsam mit mittlerweile über 5.000 Unterstützer*innen fordern wir von der Regierung, dass sie einen konkreten Plan vorlegt, wie sich Menschen gegen Hass im Netz wehren können. Darunter fallen etwa Geld für Schulungen, Bewusstseinsbildung und Beratungsstellen. Solche Maßnahmen

fördern einen respektvollen Umgang im Netz – unabhängig von Verboten und Gesetzen. Gleichzeitig müssen Regierungsmitglieder und ihre Parteien mit gutem Beispiel vorangehen und ein respektvolles Miteinander vorleben – anstatt auf ihren eigenen Kanälen und auf den Kanälen ihrer Parteien hetzerische Inhalte zu teilen.

Unter www.action.amnesty.at/genug-mit-der-hetze kannst du jetzt bei der Aktion mitmachen.





F#@!



„DER ROTE KNOPF EXISTIERT NICHT“

Ben Wagner über technische Lösungen, um dem Phänomen „Hass im Netz“ zu begegnen, Klarnamen und die Frage, ob uns Software retten kann.

Woher kommt der Hass im Netz, und was befördert ihn?

Da gibt es sicher verschiedene Faktoren und nicht die eine Erklärung. Die Art, wie wir Debatten führen, hat sich verschoben. Und wahrscheinlich finden in den Online-Debatten heute auch Menschen Gehör, die früher in klassischen Medien keines gefunden haben. Da überschneiden sich verschiedene gesellschaftliche und technische Veränderungen, für die es eine Vielzahl von Gründen gibt.

Fördert nicht auch die Art, wie soziale Netzwerke funktionieren, das Phänomen?

Es ist sicher so, dass bestimmte emotionale Argumente in den sozialen Medien besser Gehör finden – auch aufgrund des Designs dieser Plattformen. Die Art und Weise, wie technische Systeme aufgesetzt sind, kann ein bestimmtes soziales Verhalten fördern. Aktuell scheint das bei den Hass-Debatten der Fall zu sein. Die Frage ist: Wie sollen wir damit umgehen? Wenn wir die nicht wollen, was müssen wir ändern?

Braucht es Lösungen?

Es gibt einen starken lösungsorientierten Diskurs, auch weil es das Bedürfnis gibt, das Unangenehme

ausblenden zu wollen. Natürlich braucht es Lösungen. Aber zum einen ist das eine reine Symptombekämpfung, das Löschen an sich ändert wenig. Und zum anderen entwickeln sich da gerade völlig intransparente Systeme der Löschung. Die Entscheidung, welche Inhalte gelöscht werden sollen und welche nicht, werden an große Online-Plattformen wie Facebook übertragen. Es ist problematisch, wenn ein privater Anbieter zum wichtigsten Entscheider über Meinungsfreiheit im Netz wird.

Was kann man da tun?

Der Lösprozess muss viel transparenter werden. Es kann keine Lösung sein, die Löschung von Inhalten an unterbezahlte Callcenter



Ben Wagner bei der Menschenrechtstagung 2018 von Amnesty International Österreich. © Romesh Phoenix

auf den Philippinen auszulagern, wie es jetzt gerade passiert. Das zeigt auch den Stellenwert, der dem Problem zugestanden wird. Ganz allgemein gesprochen haben wir aber auch wissenschaftlich gesehen noch gar kein komplettes Bild des Phänomens „Hass im Netz.“ Da muss noch einiges passieren, um das zu verstehen.

Wie ist der Forschungsstand zur Klarnamendiskussion?

Da gibt es keine klaren wissenschaftlichen Aussagen zu diesem Thema, die Forschungsergebnisse sind sehr widersprüchlich. Wir glauben, dass das Herstellen von Gemeinschaft helfen kann, weil User*innen darüber das Gefühl von Verantwortlichkeit bekommen. Aber Gemeinschaft entsteht auch ohne soziale Netzwerke nicht dadurch, dass ich meinen Personalausweis zeige.

Sie arbeiten gerade mit der Tageszeitung Der Standard an einem Projekt, um Hate-Speech in der

Community zu reduzieren. Was machen Sie da genau?

„Hass im Netz“ ist ein schwieriger Diskurs, weil das Phänomen über klare juristische Definitionen hinausgeht. Gefühlter Hass ist selbstverständlich ein Problem, aber was Menschen als Hass empfinden, ist sehr verschieden. Wir versuchen, die sehr heftig geführte Diskussion auf eine wissenschaftliche Grundlage zu stellen. Wir glauben nicht, dass es auf schwierige Fragen einfache Antworten gibt.

Kann uns Software retten?

Bessere Software kann definitiv helfen. Aber wenn wir das Phänomen auf der technischen Ebene debattieren, fällt schon eine Sache auf: Man stellt sich gerne vor, dass es die eine technische Lösung für ein gesellschaftliches Problem gibt. Dieser rote Knopf, der alles besser macht, existiert aber nicht und macht oft viele Dinge schlechter. Wir reden hier schließlich von Menschen.

Interview von Jonas Vogt

“Das Phänomen geht über juristische Definitionen hinaus. Gefühlter Hass ist selbstverständlich ein Problem. Aber was Menschen als Hass empfinden, ist sehr verschieden.

Ben Wagner forscht zum Thema „Hass im Netz“



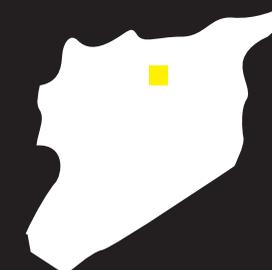


Mehr als 10.000 Gebäude wurden bei der Schlacht um Rakka im Jahr 2017 zerstört oder beschädigt. Mehr als 100 Zivilist*innen starben. Die US-geführte Militärkoalition, die die Luftangriffe auf die syrische Stadt durchführte, weigert sich bis heute, Verantwortung zu übernehmen.

ZERSTÖRUNG PRÄZISE ERFASSEN

Mit dem Projekt „Strike Tracker“ will Amnesty den Druck auf die Verantwortlichen erhöhen und wichtige Beweise für Völkerrechtsverletzungen sammeln. Bei diesem innovativen Crowdsourcing-Projekt unterstützen Tausende Online-Aktivist*innen unsere Recherchen. Jede*r kann mit einem Smartphone oder Laptop Satellitenbilder der Stadt auswerten und einen Beitrag dazu leisten, dass zivile Schäden systematisch dokumentiert werden. Mach jetzt mit unter decoders.amnesty.org

© CNES 2018, Distribution AIRBUS DS / Rakka, 16. Oktober 2017



„WIR MÜSSEN BESSER ZUHÖREN“

Der neue internationale Generalsekretär Kumi Naidoo über die Lage der Menschenrechte und darüber, welche Richtung Amnesty einschlagen sollte, um mehr Menschen auf der ganzen Welt davon zu überzeugen, sich unserer Bewegung anzuschließen.



© Amnesty International Türkei

Vom Westen finanzierte Bomben töten Zivilist*innen im Jemen. Menschen auf der Flucht und Migrant*innen ertrinken auf ihrem Weg nach Europa im Mittelmeer. Das Militär in Myanmar verübt Massaker an der eigenen Bevölkerung und scheint ohne Strafe davonzukommen. „Unsere Welt steht vor komplexen Problemen. Wir können sie nur in Angriff nehmen, wenn wir uns von dem überholten Gedanken lösen, dass es bei Menschenrechten um Unrecht geht, das nur einige wenige Menschen betrifft“, sagt Kumi Naidoo, seit August 2018 internationaler Generalsekretär von Amnesty International.

Auch wenn die Menschenrechtsbewegung in den vergangenen Jahrzehnten viele Erfolge erzielen konnte, seien wir noch weit vom Ziel entfernt, sagt Kumi Naidoo: „Als die Berliner Mauer fiel, glaubten viele Menschen, dass nun alle in Frieden leben und es eine Explosion der Demokratie geben würde. Wir glaubten, dass die Bürgerrechte in trockenen Tüchern seien. Doch die Realität sieht heute ganz anders aus: In viel zu vielen Ländern steht die Zivilgesellschaft unter Druck. Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit sind bedroht. Nicht nur in Staaten, in denen Demokratie und gesellschaftliche Teilhabe schon lange eingeschränkt sind, sondern auch in solchen, die sich jahrzehntelang in der Geschichte als überzeugte Anhänger der Menschenrechte verstanden haben.“

“Unsere Welt steht vor komplexen Problemen. Wir können sie nur in Angriff nehmen, wenn wir uns von dem überholten Gedanken lösen, dass es bei Menschenrechten um Unrecht geht, das nur einige wenige Menschen betrifft.

Kumi Naidoo, internationaler Generalsekretär von Amnesty International

Wir dürfen jetzt nicht einfach zusehen, wie die Menschenrechte immer weiter verdrängt werden, fordert Kumi Naidoo: An vielen Orten auf der Welt werden die Rechte der Menschen ausgehöhlt oder eingeschränkt, weil Politiker*innen das Vertrauen der Menschen missbrauchen und nicht wirklich versuchen, ihren Ängste und Sorgen zu begegnen. „Wir beobachten, wie sich die Menschen zweifelhaften Ideologien anschließen. Doch würde ich ihnen dafür keinen Vorwurf machen. Sie schotten sich ab und entfernen sich von den Menschenrechten, weil sie Angst haben. Wir müssen uns überlegen, wie wir zu diesen Wähler*innen durchdringen und sie davon überzeugen können, die Menschenrechte zu respektieren.“

Um Menschen zu erreichen, die Politiker*innen wie Donald Trump, Marine Le Pen oder Jair Bolsonaro gewählt haben, müsse Amnesty bescheidener werden und besser zuhören. „Aktivismus bedeutet nicht, Menschen anzusprechen, die ohnehin unserer Meinung sind. Das ist fauler Aktivismus. Wir müssen mit denjenigen das Gespräch suchen, die unsere Standpunkte nicht teilen. Wir müssen uns darauf verlassen, dass wir mit Respekt jeden Menschen überzeugen können – so sehr sich seine oder ihre Meinung auch von unserer unterscheidet. Auf diese Weise können wir wieder mehr Unterstützer*innen für eine Kultur der Menschenrechte gewinnen.“

Menschen mit anderen Meinungen anzusprechen ist ein Ansatz des neuen internationalen Generalsekretärs. Gleichzeitig muss der Aktivismus selbst schlagkräftiger werden, um wirklich etwas zu bewegen, findet Kumi Naidoo: „Wir müssen die Mächtigen – Regierungen und Konzerne – konfrontieren, die sich gegen Menschenrechte wehren. Wir müssen den Mut haben, ihnen friedlich, aber unerschütterlich entgegenzutreten. Ich bin davon überzeugt, dass ziviler Ungehorsam die richtige Waffe gegen mächtige Politiker*innen ist, die uns sonst zugrunde richten werden.“

Mit zivilem Ungehorsam meine er, dass man „bereit sein muss, ein Gesetz zu brechen, wenn es ungerecht ist oder zu Unrecht führt“. Er fügt rasch hinzu, dass es keinen Grund zur Besorgnis gebe – ziviler Ungehorsam solle stets friedlich bleiben und sich an den Umständen vor Ort orientieren. „Man muss sich nur die Geschichte ansehen: Rosa Parks in den USA,

Nelson Mandela in Südafrika und Mahatma Gandhi in Indien. Auf dem Höhepunkt ihres Widerstands gegen das Unrecht wurden sie alle wegen ihres Einsatzes diffamiert. Sie wurden inhaftiert und unterdrückt. Heute jedoch sind riesige Denkmäler errichtet worden, um sie zu feiern.“

Als Aktivist*in müsse man sich auch mal unbeliebt machen, sagt Kumi Naidoo. Wer Menschenrechte voranbringen wolle, müsse den Status Quo hinterfragen und sich in dieser kritischen Rolle wohlfühlen. Er sieht keinen Widerspruch zwischen Dialog und Engagement auf der einen Seite und friedlichem, aber unangepasstem Aktivismus auf der anderen. Vielmehr mache es Amnesty als Bewegung stärker, beide Ansätze zusammenzubringen.

Text von Malene Haakansson

Kumi Naidoo, geboren 1965, stammt aus Südafrika und setzt sich seit Jahrzehnten für soziale Gerechtigkeit ein. Als Geschäftsführer von Greenpeace International schreckte er vor zivilem Ungehorsam nicht zurück. 2011 wurde er festgenommen, weil er aus Protest gegen Ölbohrungen in der Arktis auf eine Ölplattform in Grönland geklettert war, um eine Petition zu übergeben. Seit August 2018 ist er internationaler Generalsekretär von Amnesty International.



Links: Warschau am 11. November 2017. Protestierende entzünden beim „Marsch für die Unabhängigkeit“ bengalische Feuer.
© Grzegorz Żukowski



DIE 14 FRAUEN VON DER PONIATOWSKI-BRÜCKE

14 Frauen demonstrieren in Warschau friedlich gegen Rassismus – und werden dafür beschimpft und angegriffen. Weder die Polizei noch die Regierung beschützen die Demonstrantinnen. Wie kann das sein?

Am polnischen Unabhängigkeitstag flattern Flaggen in den Farben rot und weiß durch die Hauptstadt Warschau. Aus der Ferne sind Knallkörper zu hören. Der 11. November 2017 ist ein grauer Tag. 13 Frauen mit einem weißen Banner stellen sich auf die Straße nahe der Poniatowski-Brücke. Eine 14. Frau filmt das Geschehen. „Stoppt Faschismus“ steht auf dem sieben Meter langen Banner geschrieben. Die Frauen wiederholen es immer wieder. Sie demonstrieren für ein friedliches, anti-rassistisches Polen.

Wenige Meter neben dieser Kundgebung zieht eine andere Demonstration vorbei: Eine Gruppe aus Nationalist*innen marschiert durch die Straßen, in ihren Händen halten sie die polnische Flagge. Sie fordern ein „weißes Polen und Europa“.

Jedes Jahr am 11. November gehen die Menschen in Warschau auf die Straßen. Sie feiern Polens Unabhängigkeit im Jahr 1918 nach der jahrzehntelangen Teilung des Staates durch Preußen, Österreich-Ungarn und Russland. Neben offiziellen Feierlichkeiten finden an diesem Tag auch Märsche nationalistischer Organisationen statt – so auch am 11. November 2017 nahe der Poniatowski-Brücke. Doch an diesem Tag entschieden 14 Frauen, dass sie fremdenfeindlichen, faschistischen Parolen nicht tatenlos zuhören wollten: Sie stellten sich mit ihrem Banner auf die Straße und erhoben inmitten einer Demonstration, deren Teilnehmer*innen rassistische Parolen schrien, ihre Stimmen für Toleranz und gegenseitigen Respekt.

Die Situation eskaliert schnell: Ein Video auf YouTube zeigt, wie einige Demonstrant*innen immer wieder nach dem Banner der Frauen greifen. Die Frauen rufen „Stoppt Faschismus“ und versuchen, den Banner und sich selbst auf den Füßen zu halten. „Sie fingen an, an unserer Kleidung zu ziehen. Sie beschimpften uns. Ich wurde mehrere Male von hinten getreten. Seitdem habe ich Probleme mit meinem Nacken“, erzählt Elzbieta. Die 49-jährige Psychotherapeutin ist eine der Demonstrantinnen, die wegen ihres friedlichen Protests beschimpft, getreten, geschlagen, gewürgt und bespuckt wurden.

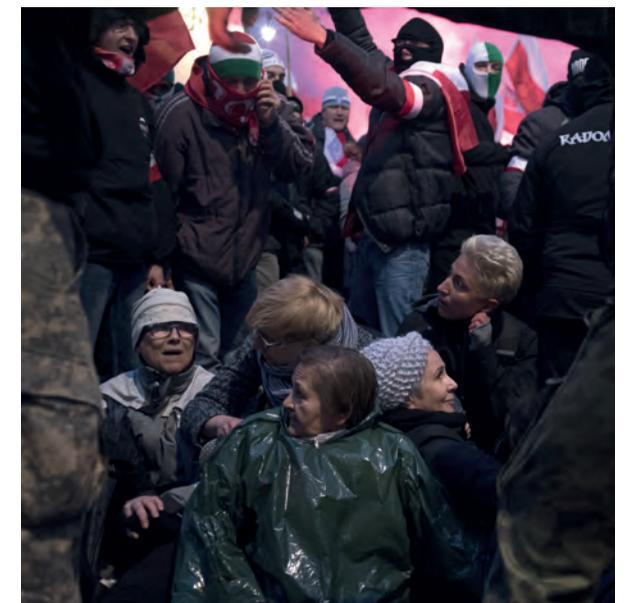
POLIZEI BLEIBT UNTÄTIG

Wie eine große Decke liegt der Banner über den Frauen. Sie können sich nicht länger auf den Füßen halten und sitzen nun am Boden. Einige Demonstrierende und Organisator*innen der Veranstaltung versuchen, die Frauen zu beschützen. Doch sie haben keine Chance, die teils betrunkenen Angreifer*innen aufzuhalten. Das schildert Elzbieta, eine der 14 Frauen. Eine Demonstrantin wird zu Fall gebracht, verliert das Bewusstsein und muss medizinisch versorgt werden. Eine

Aktivistin habe anschließend die Polizei angerufen, um den Vorfall zu melden, so die Angaben der Frauen. Die Beamt*innen seien nach ungefähr einer halben Stunde gekommen, als die Angreifer*innen schon weitergezogen waren. Sie hätten die Daten der Frauen aufgenommen und sie gefragt, warum sie überhaupt zur Demonstration gekommen seien. Die Polizist*innen hätten impliziert, dass der friedliche Protest eine Provokation gewesen sei.

REGIERUNG SIEHT KEIN PROBLEM

Für Mariusz Blaszczak, Polens Innenminister von der national-konservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), fand der Unabhängigkeitstag 2017 in „guter ▶



Bei der Poniatowski-Brücke werden die Frauen von Demonstrant*innen beschimpft und angegriffen. © Tomasz Stępień/OKO.press

Einige Demonstrierende und Organisator*innen der Veranstaltung versuchen, die Frauen zu beschützen.
© Tomasz Stępień/
OKO.press



Atmosphäre“ statt: „Wir konnten die weiß-roten Fahnen in den Straßen Warschaws sehen, das war ein schöner Anblick.“ Die Vorfälle erwähnte der Innenminister in seinem Interview mit der polnischen Nachrichtenagentur PAP nicht. Und das, obwohl andere Medien in Polen über bengalische Feuer und rassistische Spruchbänder am 11. November 2017 berichtet haben.

Laut unabhängigen Medien soll der öffentlich-rechtliche Sender TVP nur

jene Bilder senden, die ins Bild der Regierung passen: weiß-rote Fahnen, verschiedene Generationen beim gemeinsamen Feiern. Extremistische Symbole oder Banner sind nicht zu sehen.

Fotos und Videos von Teilnehmer*innen in sozialen Medien zeigen jedoch ein anderes Bild: Demonstrierende stellen rassistische und faschistische Symbole zur Schau, etwa Falanga, ein Symbol der Rechtsextremen in Polen, oder Keltenkreuze. Andere entzündeten bengalische Feuer, die die Umgebung in ein rotes Licht hüllen. Einem Bericht der britischen Tageszeitung „Guardian“ zufolge nahmen am 11. November 2017 in Warschau rund 60.000 Menschen an Kundgebungen nationalistischer Organisationen teil. Laut Expert*innen sei es in Europa eine der größten Versammlungen rechtsextremer Aktivist*innen in den letzten Jahren gewesen.

„STÖRUNG EINER VERSAMMLUNG“

Nach dem Vorfall reichten die 14 Frauen von der Poniatowski-Brücke eine Beschwerde bei der Staatsan-

waltschaft wegen schwerer Körperverletzung ein. Als Beweismaterial legten sie Videos und Fotos von der Demonstration und ärztliche Dokumentationen der erlittenen Verletzungen vor. Doch am 31. September 2018 entschied die Staatsanwaltschaft, die Untersuchung der Attacke gegen die Frauen einzustellen, da das Verfahren von keinem öffentlichen Interesse sei. Die Angreifer*innen hätten lediglich ihren Unmut darüber geäußert, dass die Frauen ihre Marschroute blockierten.

Doch damit nicht genug. Anstatt die für den Angriff Verantwortlichen zu ermitteln und zur Rechenschaft zu ziehen, verurteilten die Behörden neun der 14 Frauen wegen „Störung einer rechtmäßigen Versammlung“ zu Geldstrafen. Zudem müssen sie die Gerichtskosten tragen. Und alles nur, weil sie friedlich ihre Meinung geäußert und ein Zeichen gegen Rassismus, Intoleranz und Faschismus gesetzt haben.

„Ich kann nicht glauben, dass in Warschau, einer Stadt, die während des Warschauer Aufstands [1944]

von Faschisten dem Erdboden gleichgemacht wurde, wieder Faschist*innen durch das Stadtzentrum marschieren und jemand für den Versuch, sie zu stoppen, verurteilt wird,“ sagte die Anwältin der Frauen. Gegen die Entscheidung, die Untersuchung des Angriffs einzustellen, erhoben die Frauen Einspruch. Sie warten bis heute auf ein Urteil.

STRAFE WEGEN FRIEDLICHEM PROTEST

Das Vorgehen gegen die Demonstrantinnen in Polen ist kein Einzelfall: Amnesty beobachtet und kritisiert, dass friedlich Demonstrierende in autoritären und illiberalen Staaten auf der ganzen Welt diffamiert, überwacht und sogar inhaftiert werden. Oft versagt die Polizei dabei, Teilnehmer*innen von Demonstrationen vor Hass und Gewalt zu schützen.

Die Reaktionen der polnischen Regierung und Polizei sind besorgniserregend – nicht nur für die Betroffenen, sondern für alle Menschen in Polen: Anstatt den Vorfall gründlich zu untersuchen, wird ein friedlicher Protest als „Störaktion“ dargestellt und die Organisatorinnen strafrechtlich verfolgt. „Die Strafen gegen uns sollen vermutlich als Warnung verstanden

“ **Wir suchen nicht bloß Gerechtigkeit für uns. Wir wollen vor allem das Ungleichgewicht aufzeigen, das zwischen der Polizei und Protestierenden wie uns herrscht.**

Kryska, eine der 14 Frauen, die am 11. November 2017 protestierten

werden. Aber wir lassen uns nicht einschüchtern. Wir suchen nicht bloß Gerechtigkeit für uns. Wir wollen vor allem das Ungleichgewicht aufzeigen, das zwischen der Polizei und Protestierenden wie uns herrscht“, sagt die 54-jährige Anästhesistin Kryska.

Text von Britta Rotsch

Es beginnt hier. Auf den Straßen in Polen

Polen hat eine lange Protesttradition: Die Menschen haben in der Vergangenheit immer wieder auf den Straßen friedlich für ihre Rechte demonstriert – und so die Gesellschaft und die Geschichte des Landes verändert.

Seit 2016 demonstrieren die Menschen in Polen gegen repressive Gesetze, die die Frauenrechte einschränken und die Unabhängigkeit der Justiz unterwandern. Amnesty-Recherchen haben gezeigt, dass friedlich

Demonstrierende mit restriktiven Maßnahmen konfrontiert sind, die ihr Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit verletzen: Hunderte befinden sich in Polizeigewahrsam und müssen langwierige Gerichtsverfahren durchlaufen. Hinzu kommt, dass Schikanen oder Gewalt durch rechtsextreme oder nationalistische Gruppen von den Behörden routinemäßig toleriert werden, solange sie sich gegen Gegen-demonstrierende richten. Im Gegensatz dazu wird friedlichen

regierungskritischen Protestierenden häufig mit groben Polizeimaßnahmen und Strafverfolgung begegnet. Mit unserer Kampagne „Es beginnt hier“ legen wir einen Schwerpunkt auf die Situation in Polen. Wir kämpfen Seite an Seite mit den Menschen, die für die Menschenrechte aufstehen, und setzen uns für die 14 Frauen von der Poniatowski-Brücke ein.

[action.amnesty.at/
14-frauen-polen](https://action.amnesty.at/14-frauen-polen)

Mach dein Ding!

Eier für die Menschenrechte! Was soll das denn?



© Privat

Die Kampagne „Mach dein Ding zu einer guten Sache“ hat mich von Anfang an begeistert. Ich habe Stunden sehr ernsthaft mit der Frage zugebracht, wie ich eine tolle Sache auf die Beine stellen könnte, die in meinem Freundeskreis Spenden für Amnesty generiert. Fallschirmspringen? Drachenfliegen? Tanzen? Alles zu hip. Also kam mir eine Idee in den Sinn, die besser zu meinem Charakter und Humor passt als ein Sprung vom Felsen. Seither legen meine glücklichen Zwerg-Seidenhühner nur noch gegen Spenden Eier.

Dieser – vielleicht etwas ungewöhnliche – Ansatz des Spendensammelns hat immerhin in den ersten 24 Stunden Bestellungen für 120 Eier und damit Spenden in der Höhe von 120 Euro eingebracht. Der Spaß soll aber nicht davon ablenken, dass es derzeit um die Menschenrechte äußerst schlecht bestellt ist. Im Gegenteil. Aber mit ein wenig Humor lässt sich die eisige Realität leichter ertragen.

Christine Pendl arbeitet freiberuflich im Bereich Online-Kommunikation und ist ehemalige Amnesty-Mitarbeiterin.

02.03.

KEHREN WIR VOR DER EIGENEN TÜR?

Workshop über die Menschenrechtssituation in Österreich. 10:00 bis 17:00 Uhr

08.03.

DOKUMENTE DER FRAUEN

Zeitungsweiber: Ein Theaterstück zum Internationalen Frauentag. 19:30 bis 22:00 Uhr

16.03.

(RECHTS-) POPULISMUS

Herausforderung für die Gesellschaft?! Workshop von 10:00 bis 17:00 Uhr

09.04.

IN WÜRDE ALTERN

Amnesty Academy-Veranstaltung, 16:00 bis 18:30 Uhr, Lerchenfelder Gürtel 43, 1160 Wien

Ist Altersdiskriminierung in Österreich ein Thema? Ja! Viele Menschen werden täglich damit konfrontiert. Etwa wenn in einer Stellenausschreibung Mitarbeiter*innen für ein „junges dynamisches Team“ gesucht werden, wenn eine Senior*in keine private Zusatzversicherung mehr abschließen kann, oder wenn Kund*innen höheren Alters von Krediten ausgeschlossen werden.

In unserer Academy-Veranstaltung „In Würde altern“ erfahren Teilnehmer*innen mehr zu diesem Thema: Wie kann ich mich und andere vor Altersdiskriminierung schützen? Wie kann ich mich vorbereiten: Patient*innenverfügung, Vorsorgevollmacht, Grundlegendes zum Testament?

Vortragende: Mag.a Daniela Grabovac, Antidiskriminierungsstelle Steiermark. Weitere Informationen zur Veranstaltung auf unserer Webseite.

amnesty.at/academy/kurse/in-wuerde-altern

23.03.

WIKIPEDIA SCHREIBWERKSTATT

Entdecke, wie du Menschenrechte vom Schreibtisch aus verteidigen kannst.

06.04.

KINDER HABEN RECHT(E)

Workshop über Kinderrechte in Österreich und der Welt. 10:00 bis 17:00 Uhr

26.-28.4.

MITGLIEDER-VERSAMMLUNG 2019

Diesmal im Hotel St. Virgil in Salzburg. Weitere Infos findest du ab Mitte Februar auf unserer Webseite!

Weitere Informationen und Anmeldung zu den Academy-Kursen unter

academy.amnesty.at



WAS KANN ICH GEGEN „HASS IM NETZ“ TUN?

Mir fallen immer öfter rassistische, sexistische und diskriminierende Postings auf Facebook oder Twitter auf. Was kann ich dagegen tun?

Bei Hass im Netz ist Zivilcourage gefragt! Biete zum Beispiel Betroffenen Unterstützung an, bringe für Mitlesende eine andere Meinung ein oder fordere einen respektvollen Umgang. Zivilcourage kann auch bedeuten, fragwürdige Postings an die ZARA-Beratungsstellen weiterzuleiten. So können solche Inhalte dokumentiert und auch deren Entfernung beantragt werden.

Wie kann ich auf Social Media diskriminierende Inhalte melden?

Jede*r User*in kann Inhalte auf Social Media melden. Wie das genau geht, wird in den „Wie Melde ich Hasspostings“-Videos auf dem YouTube-Kanal von ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit erklärt.

Wie erkenne ich, dass ein Posting strafrechtlich relevant ist?

Das ist nicht immer einfach. Bei einem Posting könnte es sich um eine Beleidigung handeln, wenn jemand vor vielen Menschen beschimpft wird. Es könnte sich um Verhetzung handeln, wenn gegen jemanden oder eine Gruppe von Personen aufgrund bestimmter Merkmale vor vielen Menschen zu Hass oder Gewalt aufgerufen

wird. Und manche Postings können zwar im rechtlichen Rahmen legal, aber alles andere als in Ordnung sein. Wenn du dir nicht sicher bist, kannst du Inhalte zur Überprüfung an die ZARA-Beratungsstelle #GegenHassimNetz weiterleiten.

Ich bin gegen „Hass im Netz“, aber für Meinungsfreiheit. Wo liegen die Grenzen?

Meinungsfreiheit musste im Laufe der Geschichte erkämpft werden und stellt eines unserer wichtigsten Grundrechte dar. Wir können unsere Meinung ausdrücken, sie rausschreien, sie zeichnen oder in Videos verpacken. Dieses Recht ist jedoch in ganz wenigen Fällen eingeschränkt – aus gutem Grund. Und zwar dann, wenn Meinungsfreiheit dazu benutzt wird, andere aus dem öffentlichen Raum auszuschließen oder wenn sie für kriminelle Handlungen missbraucht wird.

Der gemeinnützige Verein ZARA betreibt seit Herbst 2017 die Beratungsstelle #GegenHassimNetz. Er unterstützt von Hass, Hetze und Cyber Mobbing betroffene Internet-User*innen dabei, gegen entsprechende Inhalte und Akteur*innen vorzugehen.

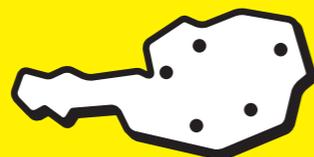
zara.or.at

BE AMAZING. SEI GESCHMEIDIG.

Wie, wo und wann du für die Menschenrechte aktiv wirst, entscheidest du!
Über unser Amnesty Youth-Netzwerk kannst du dich mit deinen Talenten und Interessen einbringen.



Du bist zwischen 18 und Mitte/Ende 20 – oder du fühlst dich so? Dann bist du bei Amnesty Youth genau richtig!



Amnesty Youth gibt's in fünf Städten: Salzburg, Linz, Wien, Graz, Villach. Deine Stadt ist nicht dabei? Was noch nicht ist, kann noch werden. Melde dich bei aktivwerden@amnesty.at



Flashmobs, Podiumsdiskussionen, Poetry Slams für Menschenrechte ... Mach das, was dir Spaß macht!



Triff Menschen aus deiner Gegend, die ähnlich ticken wie du!



Nütze die Möglichkeit, bei einer internationalen Organisation tätig zu werden.



Vernetze dich mit Amnesty Youth-Aktivist*innen aus anderen Ländern.



Lerne Menschenrechtsverteidiger*innen aus der ganzen Welt persönlich kennen.

Profitiere vom Angebot unserer Menschenrechtsbildung und eigne dir neue Fähigkeiten an!
www.amnesty.at/academy



Be the change you wanna see! Amnesty Youth macht's möglich. Melde dich an: amnesty.at/youth

Ob durch repressive Gesetze oder Verfolgung: Die Verteidigung von Menschenrechten wird immer gefährlicher. Dennoch erheben zahlreiche mutige Menschen ihre Stimme gegen Unrecht.

So wie jene 14 Polinnen, die sich im November 2017 mutig gegen Rassismus und Hass gestellt haben – und dafür beschimpft und geschlagen wurden. Oder wie Amal Fathy, die in Ägypten für die Rechte von Frauen in Ägypten einsetzt. Sie wurde zu einer Haft- und Geldstrafe verurteilt. Nun liegt es an uns, für diese Menschen aufzustehen! Wenn du dich regelmäßig gegen drohende Menschenrechtsverletzungen einsetzen möchtest, werde Teil unseres Urgent Action-Netzwerks!

Polen: Mutig gegen Rassismus

Am 11. November 2017 organisierten 14 Frauen in Warschau eine friedliche Kundgebung. Inmitten einer Demonstration, deren Teilnehmer*innen rassistische Parolen schrien, erhoben sie ihre Stimmen für Toleranz und Respekt. Sie wurden beschimpft, getreten, geschlagen, gewürgt und bespuckt. Statt den Vorfall zu untersuchen und die Schuldigen vor Gericht zu bringen, wurden neun der 14 Frauen wegen „Störung einer rechtmäßigen Versammlung“ zu Geldstrafen verurteilt. **Schreibe Innenminister Brudziński und Justizminister Ziobro und fordere, dass die Urteile aufgehoben werden und der Angriff gründlich untersucht wird.**

action.amnesty.at/14-frauen-polen

Angriffe jetzt aufklären



© Grzegorz Żukowski

Ägypten: Zwei Jahre Gefängnis für ein Video

In einem Online-Video warf Amal Fathy (33) der ägyptischen Regierung vor, Frauen nicht ausreichend vor sexueller Belästigung und Gewalt zu schützen. Zwei Tage später, am 11. Mai 2018, wurde sie festgenommen. Auch ihr Mann und ihr dreijähriger Sohn wurden verhaftet, aber nach wenigen Stunden wieder freigelassen. Wegen „Verbreitung falscher Nachrichten“ und „Verwendung beleidigender Sprache“ verurteilte das Gericht Amal Fathy im September 2018 zu zwei Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe. **Schreibe jetzt Präsident al-Sisi und fordere, dass alle Anklagen gegen Amal Fathy sofort fallengelassen werden!**

action.amnesty.at/aegypten-amal

Freiheit für Amal



© Privat

AMNESTY ACADEMY

Menschen.Rechte.Bildung

Kursprogramm 2019
academy.amnesty.at



KURS AUF MENSCHENRECHTE.
WIR BILDEN DIE ZIVILGESELLSCHAFT.

Zivilcourage lässt sich lernen. In der Amnesty Academy.
Workshops, Diskussionen und Lehrgänge unter www.academy.amnesty.at

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



ACADEMY